

5471/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Rauch - Kallat und Kollegen haben am 16. Februar 1999 unter der Nr. 5748/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Atomkraftwerke Mochovce und Temelin gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

Es ist darauf hinzuweisen, daß der Endbericht zur Begehung des Kernkraftwerks Mochovce durch das internationale Expertenteam ohne Mitwirkung der slowakischen Seite fertiggestellt werden mußte. Weiters ist zu betonen, daß die Schlußfolgerungen von diesem internationalen Expertenteam gemeinsam erarbeitet und - entgegen oftmals anderslautenden Behauptungen - vom gesamten Team getragen wurden. Diese Schlußfolgerungen hielten eine Reihe von erheblichen Verbesserungen fest, wiesen jedoch auch auf bestehende Mängel bzw. noch zu lösende offene Fragen hin.

Bezüglich der Frage der Sicherheit des Reaktordruckgefäßes haben sich Österreich und die Slowakei - wie bekannt - darauf verständigt, diese Frage von einer unabhängigen, von der IAEO ausgewählten Expertengruppe prüfen zu lassen. Diese Ex -

perten kamen zu dem Schluß, daß das Reaktordruckgefäß auch für die geplante Lebensdauer sicher sei, sofern alle angekündigten Sicherheitsmaßnahmen gesetzt würden. Somit wird seitens der Bundesregierung - insbesondere im Rahmen des bilateralen "Nuklearinformationsabkommens", für das der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten federführend zuständig ist - in Zukunft darauf zu achten sein, daß diese Sicherheitsmaßnahmen auch tatsächlich gesetzt werden. Unbeschadet dessen bleibt die Tatsache, daß die einschlägigen Unterlagen Österreich nicht zugänglich gemacht wurden, unbefriedigend, auch wenn hinsichtlich der Fachkompetenz der von der IAEO ausgewählten Experten keine Zweifel geltend gemacht werden.

Darüber hinaus besteht, wie auch im Anfragetext angeführt, eine Reihe weiterer Sicherheitsbedenken bzw. offener Fragen. Vor einer erneuten Beurteilung sind jedoch die Ergebnisse der beiden IAEO - Missionen, die im Herbst 1998 das Kernkraftwerk Mochovce besucht haben, ebenso abzuwarten wie die Ergebnisse jenes Konsortiums, das im Auftrag der Europäischen Kommission - finanziert aus Phare - Mitteln - die slowakische Aufsichtsbehörde beim Genehmigungsverfahren unterstützt.

Sobald die genannten Studien und Berichte in ihrer Endfassung vorliegen, wird eine Neubewertung der Situation vorzunehmen sein. Bis dahin werden jedenfalls seitens der österreichischen Bundesregierung die bekannten Vorbehalte aufrecht zu halten sein.

In diesem Zusammenhang haben sowohl der Herr Bundeskanzler, der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten als auch ich selbst bei unseren ersten Kontakten mit der neuen slowakischen Regierung die Bedeutung von Offenheit und Transparenz unterstrichen. So hat auch vor wenigen Tagen ein informelles Treffen

auf Expertenebene zwischen Konsulenten der Bundesregierung, Vertretern des von der Europäischen Kommission beauftragten Konsortiums sowie Vertretern der Aufsichtsbehörde der Slowakischen Republik in Wien stattgefunden, das - wie mir berichtet wurde - sehr sachlich und konstruktiv verlaufen ist.

Die Erfahrungen des vergangenen Jahres haben auch deutlich gemacht, daß zur Wahrung der österreichischen Interessen eine Europäisierung des Themas unverzichtbar ist. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat Österreich während seiner EU - Präsidentschaft alle Anstrengungen unternommen, um eine klare Positionierung der Europäischen Union insgesamt zu bewirken. Mit den „Schlußfolgerungen des Rates zu den Beitrittsstrategien für die Umwelt“ und den „Schlußfolgerungen des Rates zur nuklearen Sicherheit im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union“ hat die Europäische Union unter der österreichischen Präsidentschaft klar gestellt, daß nicht nachrüstbare Kraftwerke - darunter sind die Reaktoren der ersten Generation in Ignalina, Kosloduj und Bohunice zu verstehen - ehestmöglich stillgelegt und daß alle anderen Anlagen dem Stand der Technik in der Union angepaßt werden müssen. Dieser Stand der Technik wird nicht nur hinsichtlich der eingesetzten Technologie, sondern auch hinsichtlich der Betriebsführung und der Aufsichtsbehörden gefordert.

Die Stärkung der nationalen Aufsichtsbehörden wird von Österreich auf europäischer Ebene bereits seit Jahren als erstrangiges Ziel verfolgt. Anzumerken ist, daß die Notwendigkeit der Stärkung der Aufsichtsbehörde gerade in der Slowakischen Republik auch von der Europäischen Kommission wiederholt unterstrichen wurde. Derzeit ist es vor allem wesentlich, diese Positionen der Europäischen Union in den vielfältigen Beziehungen mit den beitragswilligen Ländern zur Sprache zu bringen und einschlägige Bemühungen dieser Länder einzumahnen, wie dies laufend in enger Abstimmung zwischen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und dem Bundeskanzleramt geschieht.

Zu den Fragen 5 und 6:

Im Hinblick auf den extrem knappen Zeitplan der internationalen Expertenkommission, die von der Regierung der Tschechischen Republik zur Evaluierung der Fertigstellung des Kernkraftwerks Temelin eingesetzt wurde - die österreichischen Experten konnten erstmals an der Sitzung am 7. Jänner 1999 teilnehmen, die bei dieser Sitzung vereinbarten Fachbeiträge waren bis zum 18. Jänner 1999 vorzulegen - mußte auf bereits bestehende Studien und Analysen zurückgegriffen werden. Dennoch gelang es den österreichischen Experten, eigene Fachbeiträge zu erstellen und fristgerecht zu übermitteln.

Diese österreichischen Beiträge ermöglichten einen Systemvergleich zwischen der Fertigstellung des Kernkraftwerks Temelin einerseits und einem sukzessiven Zubau von GuD - Einheiten (kombinierter Gas - und Dampfturbinenprozeß mit Kraft - Wärme - Kopplung) in Kombination mit verbraucherseitigen Maßnahmen andererseits. Dieser umfassende Systemvergleich konnte nur deshalb erstellt werden, weil die beteiligten Institutionen auf umfangreiche Erfahrung mit Least - Cost - Studien im Zusammenhang mit Mittel- und Osteuropäischen Ländern aufbauen konnten. Dieser Systemvergleich ergibt eindeutig, daß unter gesamtenergiewirtschaftlichen Gesichtspunkten in verschiedensten Szenarien jene Strategie zu überlegen ist, in der eine schrittweise und an der tatsächlichen Bedarfsentwicklung orientierte Umrüstung bestehender - und zu einem erheblichen Teil ohnedies zu sanierender - Heizwerke in Kraft - Wärme - Kopplungs - Anlagen - beziehungsweise der Zubau solcher Anlagen - mit einer Verbesserung der Effizienz der Energienutzung kombiniert wird.

Es ist darauf hinzuweisen, daß die österreichischen Beiträge vollinhaltlich als Anhang in den Endbericht übernommen und die Kernaussagen auch in den Hauptbericht eingearbeitet wurden. Festzuhalten ist auch, daß die von den österreichischen Experten eingebrachten Berechnungen und Standpunkte von einem Großteil der tschechischen Experten letztlich geteilt wurden.

Auch die auf meine Initiative hin am 9. und 10. März 1999 in Baden abgehaltene Auftaktkonferenz zu einer tschechisch - österreichischen Energiepartnerschaft ergab eine Vielzahl von Ansätzen und Ideen für zukunftsweisende nicht - nukleare Strategien, zeigte aber auch, daß tragfähige Konzepte nur gemeinsam mit dem betroffenen Land entwickelt werden können.

Da jedoch nach wie vor davon auszugehen ist, daß das Ergebnis der Kommissionsarbeit nicht die für eine Entscheidung derartiger Tragweite nötige Tiefe erreichen konnte, hat sich der Herr Bundeskanzler bereits am 1. März 1999 in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik gewandt, in dem auch auf die europäische Dimension insbesondere der Sicherheitsfrage hingewiesen wird.

Ich selbst habe am 12. März 1999 den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten schriftlich gebeten, auf diplomatischem Wege an die Regierung der Tschechischen Republik zu appellieren, eine neue internationale Expertenkommission einzusetzen, deren Aufgabe darin bestünde, verschiedene - zu einer Fertigstellung des KKW Temelin alternative - Szenarien bis zur Entscheidungsreife zu entwickeln.

Am 16. März habe ich mich dann direkt an den Umweltminister der Tschechischen Republik gewandt und ihm nochmals Österreichs Unterstützung für die Konkretisierung und Präzisierung einer nicht - nuklearen Energiestrategie zugesichert.

Am 22. März 1999 hat die Regierung der Tschechischen Republik die in der Angelegenheit befassten Minister beauftragt, bis Ende April 1999 Strategien und Folgenabschätzungen sowohl für die Fertigstellung als auch für die Einstellung des Baus des KKW Temelin vorzulegen. Dem Umweltminister der Tschechischen Republik, Dr. Milos Kuzvar, wurde die Federführung hinsichtlich der Option der Baueinstellung übertragen. Dieser hat umgehend eine ad - hoc Arbeitsgruppe eingesetzt, die sowohl Fachleute seines Hauses als auch externe Experten umfaßt.

Am 29. März bin ich mit dem deutschen Umweltminister Jürgen Trittin in Bonn zusammengetroffen und habe diesen über die Lage in Temelin informiert und ihn erneut ersucht, gemeinsam mit der gesamten deutschen Bundesregierung eine aktive Rolle - wie sie auch von Österreich vertreten wird - einzunehmen.

Bei einem Arbeitsgespräch am 6. April mit dem Umweltminister der Tschechischen Republik in Wien, an dem auch der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie teilgenommen hat, wurden von unserer Seite folgende Experten der ad hoc Arbeitsgruppe von Umweltminister Kuzvar beigestellt:

Für den Bereich liberalisierter Strommarkt und Auswirkungen auf den Strommarkt der Tschechischen Republik Univ. - Prof. Dr. Manfred Heindler, Leiter der Energieverwertungsagentur sowie Dir. Dr. Josef Heizinger, Linzer Stadtwerke.

Für den Bereich „Stranded costs“ RA Dr. Christoph Herbst.

Für den Bereich Nachnutzung des Bauplatzes (Konservierung oder Liquidierung des Kraftwerkes, Errichtung einer Industriezone, etc.) beabsichtige ich in Zusammenarbeit mit weiteren fachzuständigen Bundesministerien bis zum 25. April 1999, wie von Minister Kuzvar erbeten, ein erstes Konzept für eine Standortnutzung und die Verwertung bislang getätigter Investitionen zu übermitteln.